

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	45. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	12. Dezember 2017, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

15.

Punkt 15 der Tagesordnung: Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes Vorlage: 2017/0699

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beauftragt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Hauptausschuss die Verwaltung mit der Fortschreibung des Karlsruher Klimaschutzkonzeptes.
2. Die erforderlichen Mittel für die externe Begleitung der Konzepterstellung werden aus dem verwaltungsinternen Klimaschutzfonds bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Bei 41 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 15 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Hauptausschuss.

Stadtrat Schmitt (pl): Ich spreche hier auch im Namen der Freien Wähler.

Die Begründung für die strategische Neuausrichtung der Karlsruher Klimaschutzarbeit enthält eine wichtige Erkenntnis, die eine gewisse Zensur darstellt. Denn hier steht, etwas verklausuliert, nicht mehr und nicht weniger, dass die Neuausrichtung erforderlich ist, da das, was wir bisher gemacht haben, eigentlich nichts gebracht hat. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren. Der muss man ins Auge schauen. Ich kann Ihnen sagen, was ich da sehe.

Von 1990 bis 2009 hatten wir in Deutschland eine kontinuierliche Senkung der CO₂-Emissionen. 2010 kam dann die Energiewende. Seitdem steigen die CO₂-Emissionen wieder und der Strom in Deutschland wird immer teurer. Aufgrund der positiven Entwicklung von 1990 bis 2009 ist man davon ausgegangen, dass der Staat den Reduzierungsprozess durch restriktive Eingriffe deutlich beschleunigen kann. Wie wir heute sehen: Ein grandioser Irrtum. Was läuft schief? Bis 2009 lief der Prozess auf freiwilliger Basis. Sowohl Unternehmen wie Hauseigentümer haben Maßnahmen umgesetzt, die

nicht nur ökologisch sondern auch ökonomisch sinnvoll waren. Mit der Einführung von CO₂-Zertifikaten und der EEG-Umlage wurde der bis dahin erfolgreiche Weg verlassen. Hinzu kam, dass in etlichen Bundesländern, auch in unserem, der Austausch alter Heizungsanlagen mit der Erzeugung regenerativer Energie verknüpft wurde.

Was sind die Folgen? In der Industrie ist ein missbräuchlicher Handel mit CO₂-Zertifikaten entstanden. Immer mehr Firmen minimieren mit formaljuristischen Tricks die Kosten für die EEG-Umlage, statt mit Energiesparmaßnahmen die Emission zu senken. Beispiel: Gießereifirmen, die ihre Teile mechanisch bearbeiten, lagern ihre Gießerei in eine separate GmbH aus, die dann komplett von der EEG-Umlage befreit ist. Denn die Energiekosten in einer Gießerei sind der Hauptkostenfaktor. Solche Unternehmen zahlen keine EEG-Umlage. Statt in neue, energiesparende Gussöfen oder Druckgussmaschinen zu investieren, werden neue CNC-Maschinen gekauft, um die gegossenen Teile schneller zu bearbeiten. Dadurch werden allerdings die CO₂-Emissionen nicht gesenkt.

Mit der Auflage, beim Heizungstausch 10 Prozent der im Haus verbrauchten Energie regenerativ zu erzeugen, ist der Austausch neuer Heizungsanlagen zusammengebrochen. Das Dämmen im Bestand ist praktisch komplett zum Erliegen gekommen, denn die einen warten mit dem Dämmen, bis ihre Heizung kaputt ist, weil man mit Dämmmaßnahmen die Erzeugung regenerativer Energie vermeiden kann. Die anderen warten mit dem Heizungstausch, bis sie genügend Geld haben, um Solarkollektoren aufs Dach zu setzen oder die Fassade zu dämmen. Tun sie das nicht, werden sie kriminalisiert und mit Geldstrafen bis zu 50.000 Euro bedroht. Insbesondere mit dieser unverhältnismäßigen Repressalie hat man das Gegenteil von dem erreicht, was man erreichen wollte. Es ist klar, dass die gesetzten Ziele anschließend deutlich verfehlt wurden. Die staatliche Konsequenz daraus war, dass zu Beginn dieses Jahres in Baden-Württemberg der regenerative Anteil von 10 auf 15 Prozent erhöht wurde, d. h. der Druck auf die Hauseigentümer wird weiter verstärkt.

Davor haben die Hauseigentümer Milliarden von Summen in Solarkollektoren, in Photovoltaikanlagen und die Dämmung ihrer Häuser investiert. Viele haben das nicht nur aus ökonomischen Gründen getan, sondern weil sie davon überzeugt waren, damit einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Viele diese Menschen sind inzwischen frustriert. Zum einen, weil sie festgestellt haben, dass die teuren Maßnahmen ihnen gar nicht die Kostenersparnis gebracht haben, die man ihnen versprochen hat, zum anderen wurde ihnen die Energiereduzierung in Privathäusern als die entscheidende Schlacht im Kampf um den Klimawandel verkauft. Man hat ihnen nie erzählt, wer die Hauptverursacher der Emissionen sind. Das sind mit 50 Prozent die Energieerzeuger, 20 Prozent gehen auf das Konto Verkehr, 15 Prozent auf das Konto Industrie, und für ganze 10 Prozent sind die privaten Haushalte verantwortlich.

Wenn wir die Hälfte unserer Häuser zu Null-Energie-Häusern machen, was vollkommen utopisch ist, würden wir allenfalls 5 Prozent des in Deutschland erzeugten CO₂ einsparen. Nun dürfte jedem klar sein, warum die Milliardensummen, die in Privathäuser investiert wurden, keine nennenswerten Effekte hatten. Es ist geradezu rührend zu sehen, wie die Stadt Karlsruhe das mit der Neuausrichtung ihrer Klimaschutzarbeiten ändern möchte. Insbesondere, was die Hauptverursacher

(Der Vorsitzende: Herr Schmitt, die fünf Minuten sind um!)

Energieversorgung, Verkehr und Industrie angeht, sind die Eingriffsmöglichkeiten von Kommunen eher beschränkt.

Insofern werden die kommunalen Ergebnisse am Ende nicht mehr sein als ein ganz kleiner Tropfen auf einen ganz großen heißen Stein. Es geht bei Hauseigentümern auch darum, Vertrauen zurückzugewinnen. Dazu gehört auch, dass man zugibt, wie die Situation ist und nicht weiterhin den Bürgern falsche Hoffnungen macht.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Jetzt ist meine ganze Rede durcheinander geraten, Herr Schmitt. Wir wollen hier eigentlich die Fortschreibung des Karlsruher Klimaschutzkonzeptes beschließen. Ihre Ausführungen haben wir zur Kenntnis genommen. Vieles war uns bekannt und ist nicht neu. Aber es gibt sogar einen Präsidenten eines großen Landes, der auch behauptet, Klimaschutz sei nicht relevant. Wir Karlsruher sind etwas anderer Ansicht. Wir haben ein Konzept. Dieses Konzept ist jetzt fast acht Jahre alt. Wir hatten Ziele formuliert, die, wie wir feststellen mussten, wir so nicht erreichen können.

Am Jahresende ist es üblich, dass man seine Ziele für das nächste Jahr neu formuliert. So finden wir, die CDU Karlsruhe, es nicht mehr als recht und billig, dass eine neue Fortschreibung dieses Klimakonzeptes erfolgen soll und wir neue Ziele formulieren. Wir haben natürlich viele Wünsche. Wünschen darf man sich etwas. Aber ob die Wünsche natürlich alle in Erfüllung gehen werden, das wird man sehen. Denn oftmals ist es auch von der finanziellen Lage abhängig. In Karlsruhe haben wir einen hohen Standard. Diesen Standard wollen wir natürlich halten. Aber wir wollen das alles unter dem Vorbehalt der städtischen Mittel machen. Von der CDU-Fraktion gibt es eine Zustimmung zur Fortschreibung des Karlsruher Klimakonzeptes. Wir finden es gut. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten.

Stadträtin Habibović (SPD): Das Weltklima ist durch den Treibhauseffekt bedroht. Der Klimawandel kann nicht rückgängig gemacht werden, denn allein die Menge der bereits ausgestoßenen Treibhausgase sorgt für eine weitere Erwärmung des globalen Klimas. Noch ist es jedoch möglich, den Klimawandel zu verlangsamen und damit seine Auswirkung für Menschen und Umwelt in Schranken zu halten. Dies ist unser aller Aufgabe.

So sind auch die Städte und Gemeinden mit ihren Bürgerinnen und Bürgern aufgerufen, dieser Klimabedrohung entgegenzuwirken. Bei der Reduzierung der Treibhausgase können wir eine wichtige Rolle einnehmen. Bei uns in Karlsruhe ist nach rund acht Jahren Laufzeit nun eine Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes und eine strategische Neuausrichtung der Karlsruher Klimaschutzarbeit geplant. Bevor ich jedoch auf die Zukunft eingehe, lassen Sie uns einen Blick auf die letzten Jahre und den Status Quo werfen. Ich möchte nur ein paar Punkte aufgreifen.

Der Gemeinderat hatte im Dezember 2009 ein Klimaschutzkonzept mit der ehrgeizigen sogenannten 2-2-2-Formel verabschiedet, wonach eine jährliche Energieeinsparung von ca. 1,8 Prozent von 2007 bis 2020 insgesamt 23 Prozent angestrebt wurde. Beim Energieverbrauch seit dem Jahr 2011 lässt sich zwar ein leichter kontinuierlicher Trend nach

unten erkennen. Das hochgesteckte Ziel konnte aus verschiedenen Gründen, wie z. B. durch den immensen Zuwachs der Wohnbevölkerung aber leider nicht erreicht werden. Eine Bewertung des Ist-Zustands im European Energy Award zeigt dagegen eine relativ solide Aufstellung Karlsruhes. Dieses Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren erfasst die Klimaschutzbemühungen von Kommunen und bewertet sie mit Punkten. Bei mindestens 50 Prozent der festgelegten Maximalpunktzahl erhält die Kommune die Auszeichnung European Energy Award. Karlsruhe erreichte im Jahr 2014 schon 70 Prozent. Ab 75 Prozent wird der Goldstandard verliehen. Diese Chance besteht 2018. Das sollte unser Minimalziel sein.

Der neueste Energiebericht belegt ganz klar die Erfolge, die durch die Weiterentwicklung des städtischen Energiemanagements und der Ausweitung des Controllings sowie der verstärkten Einsparbemühungen der letzten Jahre errungen wurden. Dies gilt erfreulicherweise auch für die städtischen Gesellschaften, die mit zentraler Projektbegleitung durch KEK und Stadtwerke Energieaudits nach bestimmten Standards durchführen. Des Weiteren sind internationale Klimaschutzprojekte in der Umsetzung. Es freut uns, dass eine energie- und klimaschutzbezogene Kooperation zwischen den langjährigen Städtepartnern, insbesondere mit Krasnodar und Nancy besteht. Auch die Klimapartnerschaft mit San Miguel de los Bancos in Ecuador mit ihren Bausteinen, z. B. der Artenschutzstiftung Zoo und der Schulpartnerschaft Neureut, sei hier positiv erwähnt.

Durch den sich aktuell verschärfenden Klimawandel und weitreichender internationaler Klimaschutzverpflichtungen von Paris sind die inhaltlichen Anforderungen an ein Klimaschutzkonzept gestiegen. Die Notwendigkeit dafür ergibt sich natürlich auch aus der Zielabweichung bei der Senkung des Energieverbrauchs bzw. der Reduktion der CO₂-Emissionen. Die SPD-Fraktion begrüßt daher den vorliegenden Ansatz der Verwaltung einerseits, auf neue Impulse zu setzen, aber die bisherige Maßnahmenfülle gleichzeitig zu reduzieren, d. h., sich mehr auf die Maßnahmen mit hoher Verbrauchs- und Emissionsminderung zu konzentrieren. Bei der Umsetzung neuer Ansätze sehen wir ausdrücklich nicht die Kostenreduzierungen im Vordergrund, sondern wollen die organisatorische Struktur gestärkt sehen. Die Einbindung relevanter Akteure, Stakeholder und Know-how-Träger, auch externe Unterstützung ist uns wichtig. Ganz großen Wert legen wir auf eine breite Bürgerbeteiligung, denn die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sind diejenigen, die letztendlich die Maßnahmen umsetzen müssen. Das geht nur mit einer breiten Akzeptanz.

Meine Fraktion stimmt selbstverständlich der Verwaltungsvorlage zu und somit für die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Wir werden unsere Klimaziele, die wir uns hier für 2020 gesetzt haben, wohl verfehlen. Das ist fatal. Dagegen müssen wir jetzt etwas tun, und zwar ganz dringend. Der kommunale Klimaschutz, gerade in Karlsruhe, steht unter schwierigen Rahmenbedingungen. Wir haben die Rahmenbedingungen, dass der Großteil der gesetzlichen Rahmenbedingungen nun einmal auf Bundesebene festgelegt wird. Man muss hier sagen, die ehemalige GroKo-Regierung hat nicht wesentlich dazu beigetragen, ambitionierten Klimaschutz in Karlsruhe voranzubringen. Wir merken das auch in Karlsruhe. Eine andere Rahmenbedingung, die wir hier haben, ist das Bevölkerungs-

und Wirtschaftswachstum in Karlsruhe. Wir haben in Karlsruhe viele Anstrengungen getan für den Klimaschutz. Aber rein statistisch gesehen werden unsere absoluten Zahlen durch dieses Wachstum wieder aufgeessen. Das heißt nicht, dass unsere Anstrengungen umsonst waren, sondern dass sie umso wichtiger sind, um auch in Zukunft unser 2050-Ziel klimaneutrale Kommune Karlsruhe zu erreichen.

Genau hier setzt das neue Klimaschutzkonzept an, das wir hoffentlich bald haben werden. Ein ganz wichtiger Bestandteil des Konzeptes ist es, dass wir uns mit unseren finanziellen Mitteln auf die wesentlichen, auf die effektivsten Maßnahmen konzentrieren wollen. Das halten wir auf jeden Fall für den richtigen Ansatz. Weitere wichtige Punkte, die uns hier schon vorgelegt wurden, sind die Bürgerbeteiligung, auch die Jugendbeteiligung, um die Bevölkerung in Karlsruhe mitzunehmen. Was uns persönlich ganz wichtig war, sind die Zwischenziele bis 2050. Denn nur durch Zwischenziele ist es möglich, ein anständiges Monitoring hinzubekommen und zu merken, wenn man vom Weg abweicht und das frühzeitig.

Auch das GIS-Informationssystem der Energieleitplanung hat uns ganz besonders gut gefallen. Wir sehen hier große Chancen. Abschließend bleibt uns nur festzustellen, wir hoffen wirklich, dass wir Ende 2018 ein schlagkräftiges Konzept vorliegen haben und dass dann alle hier im Gemeinderat vertretenen Fraktionen auch so ambitioniert mitwirken, um das zu unterstützen, umzusetzen und auch die möglichen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Ich möchte mit dem Lob beginnen. Loben möchte ich vor allem, dass bei der Fortschreibung vorgesehen ist, dass es auch Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung geben wird, mindestens zwei Stück, dass es Onlinebürgerbeteiligungselemente geben wird, und dass es auch für Jugendliche eigene Beteiligungsformate geben wird. Gerade die Jugendlichen werden mit ihrem Leben, was größtenteils noch in der Zukunft liegt, am meisten vom Klimawandel betroffen sein. Von daher ist es aus unserer Sicht auch nur geboten, dass es für diese eigene Beteiligungsformate gibt. Also, großes Lob aus KULT-Sicht schon einmal dafür, dass hier gute Bürgerbeteiligungsformate vorgesehen sind.

Zur Kritik muss ich einmal nach hinten blicken und zum Ist-Zustand. Der Ist-Zustand ist nun einmal, dass wir unsere bisherigen Ziele für 2020 vermutlich nicht erreichen werden, zumindest nicht voll umfänglich. Da gibt es zum einen den Energieverbrauch, der sich nicht so entwickelt, wie wir es gerne hätten, und zum anderen das liebste deutsche Familienmitglied, das Auto. Das ist nun einmal mit dafür verantwortlich, dass unser CO₂-Ausstoss nicht so sinkt, wie wir das gerne hätten. Denn gerade beim Verkehr steigt weiterhin der CO₂-Ausstoss. Aber das ist keine Entwicklung mit den Klimaschutzzielen, die wir nur in Karlsruhe haben. Das sehen wir auch auf Bundesebene, dass dort die Ziele nicht so erreicht werden, wie man sich das einmal vorgenommen hat. Man kann jetzt natürlich behaupten, die Ziele seien zu ambitioniert gewesen. Man kann aber auch sagen, manche sehen Klimaschutz eher als nebenrangig und sehen eher den Schwerpunkt, wir brauchen eine starke Wirtschaft, damit alle in Arbeit sind und gut verdienen. Und Klimaschutz ist etwas „Nice-to-have“-mäßiges. So sehen wir das nicht.

Aus unserer Sicht ist Klimaschutz keine „Nice-to-have“-Aufgabe sondern essentiell. Von daher müssen wir uns aus KULT-Sicht fragen, wie können und müssen wir unsere Anstrengungen verstärken, damit wir unser Ziele in Zukunft auch in diesem Bereich erreichen. Wir hoffen natürlich, dass es möglich ist, uns auf Maßnahmen mit einer höheren Verbrauchs- und Emissionsminderung zu konzentrieren, dass wir solche im Prozess identifizieren können und dass wir dann in Zukunft mehr erreichen können. Ich vermute einmal, dass es, wenn es solche Maßnahmen gibt, wir auch bisher schon darauf gekommen wären. Aber man kontrolliert regelmäßig, ob es etwas Neues gibt. Auf jeden Fall ist es eine gute Zielsetzung, dass wir versuchen, mit unseren Ressourcen, die wir in den Klimaschutz stecken, effizienter umzugehen. Daher stimmen wir heute auch dem Konzept zu.

Stadtrat Høyem (FDP): Selbstverständlich stimmen wir dieser Vorlage zu. Alles andere wäre in unserer politisch korrekten Zeit wahrscheinlich eine Provokation. Nicht auf der Ebene von Präsident Trump, aber doch eine Provokation gegen alle wohlmeinenden Beteiligten. Das Wort Klimaschutz ist zumindest für einen Dänen mit dem Hintergrund des arktischen Gebietes nicht besonders treffend. Denn Klima ist eine physische Realität, die man nicht schützen kann oder muss. Es geht um den Klimawandel, der auch eine Realität ist und von dem eine große Mehrheit überzeugt ist, dass menschliche Aktivitäten auch einen Einfluss auf den ewigen sogenannten natürlichen Klimawandel haben. Trotzdem ist es relativ begrenzt, was man auf lokaler Ebene erreichen kann. Viele kleine Projekte haben wahrscheinlich mehrere moralisch-ethische Aspekte, als Einfluss auf die globale Klimawandlung. Hier sind nicht Karlsruhe und unsere Region maßgeblich. Hier sind Bundesebene, europäische Ebene und ganz besonders Länder wie China, Indien, der afrikanische Kontinent und die USA gefragt.

Aber zurück zu unserem Karlsruher Gebiet. Unser Konzept ist acht Jahre alt und soll jetzt für die nächsten vier Jahre fortgeschrieben werden. Eigentlich ist es überraschend, dass nach so viel Arbeit und so vielen Jahren und mit der involvierten KEK ein Neuanfang notwendigerweise externer Begleitung bedarf. Wir denken, dass dieses neue Konzept auch die Entwicklung in unserer neugestalteten TechnologieRegion Karlsruhe TRK berücksichtigen muss. Wir haben Sehnsucht nach konkreten physischen Klimaprojekten mit sofort messbaren Folgen. Ich bin beruflich viel in der Baubranche unterwegs. Diesen Vormittag war ich in Mannheim zusammen mit Herrn Jochen Ehlgötz, dem Leiter unserer neuen TRK. Wir haben CO₂-freie Stadtquartiere mit vielen hunderten Häusern besucht, wo die meiste Energie autark aus alternativen Energiequellen kommt, wo die Energie dort produziert wird, wo sie auch konsumiert wird. Ich hoffe, dass unsere Neuausrichtung, unser sogenanntes Karlsruher Klimaschutzkonzept nicht zu klein denkt, sondern mit neuer Technologie auch energieintelligente Leuchtturmprojekte entwickeln kann. Damit stimmen wir zu.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Zunächst möchte ich Herrn Schmitt für seine Ausführungen danken, die meinen Beitrag jetzt etwas gekürzt haben. Ich möchte dennoch anfangen mit dem, was er auch am Anfang erwähnt hat. Nämlich, dass man sich schon wundern muss, wenn im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit über die Fortführung des Karlsruher Klimaschutzkonzeptes gesprochen wird, und wenn man dann genau diese Dinge hier in dieser Vorlage liest. Denn man hat festgestellt, es funktioniert nicht. Wir schaffen es nicht, mit unserem Karlsruher Klimaschutzkonzept unsere Werte zu er-

reichen. In Wirklichkeit ist es ineffizient. Es waren sich alle einig, dass es nicht funktioniert. Die Antwort darauf war, dann müssen wir uns erst recht noch mehr ins Zeug legen, erst recht noch mehr „weiter so“. Wie schizophren ist das denn? Wenn ich feststelle, dass etwas nicht funktioniert, kann ich nicht erst recht noch mehr damit weiter machen. Aber keine Sorge, das ist nicht nur in Karlsruhe so. Das ist in ganz Deutschland so.

Die Deutschen halten sich für Musterschüler beim CO₂-Einsparen. Das wurde jetzt erst wieder in Bonn bei der großen Klimaschutzkonferenz klar. Deutschland ist der Musterschüler. Aber nur in der Theorie. Wir wissen sehr genau, was man eigentlich machen müsste, um CO₂ einzusparen. Aber wir selber sparen gar kein CO₂ ein. Seit 2009 haben wir es nicht mehr geschafft, unseren CO₂-Ausstoß zu reduzieren, d. h., alles, was wir tun mit viel Geld, ist ineffizient. Nicht nur hier in Karlsruhe, sondern auch in Deutschland. Woran liegt das? Nicht etwa, weil wir nicht den Konzepten von Trump folgen, sondern weil wir nicht den Konzepten von Obama folgen. Obama, die USA unter ihm, Großbritannien und viele andere Länder um uns herum, wie Finnland, Tschechien und viele andere, haben erkannt, dass man, wenn man Kernkraftwerke abschaltet, kein CO₂ einsparen kann. Im Gegenteil, man produziert immer mehr. Wir sehen es hier in Karlsruhe auch in diesen letzten acht Jahren. So realistisch müssen wir jetzt einfach einmal sein. Was ist in den letzten acht Jahren passiert hier in Karlsruhe und in der Umgebung? In den letzten acht Jahren ist im Kernkraftwerk Philippsburg der Block I stillgelegt worden. Weil der Bedarf da war für die 913 Megawatt netto - also fast ein Gigawatt netto -, die dieser Block I geliefert hat, wurde hier in Karlsruhe der RDK 8 auf unserer Gemarkung in Betrieb genommen. Der Strom, der früher praktisch CO₂-frei produziert wurde, wurde danach unter Verbrennung von Kohle produziert. Da geht eine ganze Halde Kohle im Monat durch. Wenn man einen weiteren großen Block dazu nimmt, kann man nicht erwarten, dass man insgesamt CO₂ einspart. Das ist doch Augenwischerei, für alle offensichtlich.

Also müssen wir einfach einmal ehrlich eingestehen, dass die Maßnahmen, die wir hier beschließen und die uns Geld kosten, nur dazu dienen, um ein paar Betriebe und Organisationen zu unterstützen. Aber sie bringen gar nichts im Vergleich zu dem, was sonst noch passiert. So ehrlich müssen wir einfach einmal sein. Deswegen können wir von der AfD dem nicht zustimmen. Wir sind dafür, dass die Kernkraftwerke weiter betrieben werden. Nur so kann CO₂ eingespart werden. Alles andere ist Augenwischerei.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Ich möchte kurz drei Dinge antworten:

1. Unsere bisherigen Maßnahmen waren nicht ineffizient. Wir haben durchaus Maßnahmen, die sehr effizient waren. Aber es ist so, dass man für effizienten Klimaschutz auch Maßnahmen bräuchte, die mehr in die Lebensziele der Menschen einschneiden. Dazu sind viele nicht bereit.
2. Wenn Sie mit 2009 vergleichen, muss man im Kopf behalten, dass das direkt nach der Wirtschaftskrise war und dass die Wirtschaft in großen Teilen nur teilweise gearbeitet hat. Entsprechend niedrig waren damals die Ausstoßzahlen. Die sind dann wieder gestiegen. Aber anschließend wieder gesunken. Wenn man mit 2007 vergleicht, sehen die Werte ganz anders aus.

3. Atomenergie ist sicher nicht die Lösung der Klimafrage. Das ist rückwärtsgerichtet.

Bürgermeister Stapf: Zunächst einmal vielen Dank für die signalisierte breite Zustimmung. Es ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Deshalb braucht man auch eine breite Zustimmung. Ich möchte nicht auf die Diskussionen über Karlsruhe hinaus eingehen. Da gibt es andere Orte. Aber an einigen Stellen war doch eine selektive Wahrnehmung bezüglich der Ziele, die wir erreicht haben.

Wir haben uns vier Ziele gesetzt. Das war 2 Prozent weniger CO₂ pro Jahr, 2 Prozent weniger Energie pro Jahr, 20 Prozent mehr erneuerbare Energien bis 2020. Es war zwei Jahre später als 2009, also 2011, eine deutliche Reduzierung der CO₂-Emissionen pro Kopf, um 2050 klimaneutral zu sein. Von diesen vier Zielen haben wir drei erreicht. Allein beim Energieverbrauch liegen wir unter unseren gesetzten Zielen. Wir möchten aber zum einen alle Ziele erreichen. Zum Zweiten gibt es neue, durchaus dramatisch zu nennende Erkenntnisse aus der Klimawandelforschung, so dass wir auch deshalb nach acht Jahren unsere Ziele überprüfen und neu setzen müssen.

Aber wir haben wirklich mit vielen Menschen in Karlsruhe zusammengearbeitet. Es gibt viele Engagierte. Es ist noch nicht gelungen, 300.000 zu engagieren. Aber es sind sehr viele. Auch um deren Bemühungen und deren Kampf zu würdigen und das Engagement, das an den Tag gelegt wurde, nicht in einen schlechten Ruf bringen zu lassen, braucht es Überarbeitung und Fokussierung auf besonders effiziente Richtungsänderungen.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. – Das ist eine große Mehrheit.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
21. Dezember 2017